

# EWN

Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen



# Pressespiegel

28.07.2022

# Inhalt

## EWN

1   <b>Wer steckt hinter LNG-Plänen?</b> <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 28.07.2022</i> .....	3
2   <b>TÜV-Chef sieht 2021 stillgelegte AKW »in exzellentem Zustand«</b> <i>Spiegel.de, 27.07.2022</i> .....	5
3   <b>Merz fordert Kauf neuer Akw-Brennstäbe</b> <i>Frankfurter Neue Presse Stadtausgabe, 28.07.2022</i> .....	7
4   <b>Französische Atomaufsicht gibt grünes Licht für AKW-Reparatur</b> <i>Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.07.2022</i> .....	9

 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 28.07.2022 | S. 7

 Auflage: 29.017 | Reichweite: 74.194

 Martina Rathke

## GASKRISE IN DEUTSCHLAND

# Wer steckt hinter LNG-Plänen?

**In Lubmin ist von dem ehrgeizigen LNG-Projekt bislang nichts zu sehen. Lediglich ein mit Tesafilm befestigtes Firmenschild am Briefkasten des Industriehafens Lubmin gibt einen Hinweis auf die Firma. Das soll sich in Kürze ändern. Die Deutsche ReGas hat Großes vor. Doch wer und was steckt hinter dem Unternehmen?**

Vier LNG-Terminals plant der Bund an den deutschen Küsten, um einen möglichen Gasnotstand zu verhindern. Das zeitlich ambitionierteste Projekt geht jedoch ein privates Unternehmen an, das bislang nicht durch große Energieprojekte in Erscheinung getreten ist. Die Deutsche Regas GmbH will Anfang Dezember ein schwimmendes LNG-Terminal in Lubmin eröffnen.

In dem Seebad ist von dem ehrgeizigen Vorhaben, das sich anschickt, schon in vier Monaten die Gasversorgung Deutschlands mit Flüssiggas zu stabilisieren, bislang nichts zu sehen. Lediglich ein mit Tesafilm befestigtes Firmenschild am Briefkasten des Industriehafens gibt einen Hinweis auf die Firma. Das soll sich in Kürze ändern, sagt Aufsichtsrat Stephan Knabe. Auf dem Gelände des ehemaligen Atomkraftwerkes habe sich die Firma eine Fläche gesichert, um dort ein Bürogebäude aus Container-Segmenten zu errichten.

Knabe, Mitgesellschafter der Deutschen Regas, ist in der Steuerberatungs- und Wirtschaftsprüfungsbranche unterwegs. Seit 2003 betreibt er eine eigene Kanzlei in Potsdam. Von dort managt er auch das Projekt. Gegründet wurde die Deutsche Regas erst im April dieses Jahres, so geht es aus einschlägigen Wirtschaftsportalen hervor. Stammkapital 100 000 Euro. Das wirft Zweifel an der Ernsthaftigkeit des Vorhabens auf - zumindest bei der Deutschen Umwelthilfe. „Die Expertise der handelnden Personen besteht in Finanz- und Immobiliengeschäften, aber nicht im Energiebereich“, sagt DUH-Geschäftsführer Sascha Müller-Kraenner. Der zweite Mitgesellschafter der LNG-Investoren, Ingo Wagner, ist im Investment- und Immobiliensektor zu Hause, realisiert im baden-württembergischen Bruchsal gerade den Bau von mehr als 100 Wohnungen.

„Die Kunst von Investoren liegt nicht darin, alles selber zu können, sondern darin, Leute an Bord zu ho-

len, die es können“, kontert Knabe die Kritik der DUH. Hinter den Kulissen arbeiteten Teams von Ingenieuren und Sachverständigen an der Umsetzung. Das Ziel steht weiter: Ab 1. Dezember wollen Knabe und Wagner über die gecharterte Infrastruktur etwa 4,5 Milliarden Kubikmeter regasifiziertes Gas pro Jahr in das deutsche Pipelinenetz pumpen lassen.

Rund 100 Millionen Euro Kapital hat das Unternehmen eigenen Aussagen zufolge eingesammelt, um mit drei Shuttle-Schiffen, die als „virtuelle Pipeline“ fungieren, das LNG von einem in tieferen Ostseegewässern liegenden LNG-Depot (FSU) in den Hafen zu transportieren. Neben der Regasifizierungsplattform (FSRU) hat das Unternehmen laut Eigenaussage auch die Schiffe gechartert. Besitzer des FSRU ist TotalEnergies, der fünfgrößte Energiekonzern der Welt.

Geld verdienen will man mit den Entgelten für die Durchleitung des Gases. „Wir arbeiten wie ein Tankwart, der an einer Tankstelle ein Entgelt für den Verkauf von Kraftstoff erhält“, sagt Knabe. Aber es gehe nicht vorrangig ums Geldverdienen, schiebt er nach. Das Flüssiggas-Projekt sei für die Deutsche Regas ein temporäres Projekt in der Gaskrise und die Brücke zum eigentlichen Ziel. „Seit 2016 hatten wir für Lubmin Planungen für ein Wasserstoff-Projekt auf Shuttle-Basis in der Schublade.“ Wenn Deutschland das LNG nicht mehr benötigt, wolle Regas die dann vorhandene Infrastruktur für das ursprünglich geplante Vorhaben nutzen, so Knabe. Projektpartner sei dabei das Unternehmen Apex, das in Laage Europas größte netzgekoppelte Wasserstoffanlage gebaut hat.

Den Genehmigungsbehörden in MV liegen laut eigenen Angaben bislang keine Anträge für den Bau der LNG-Station vor. Gerade die wasserschutzrechtliche Genehmigung gilt als besonders diffizil. Vie-

le Fragen seien ungeklärt, moniert DUH-Chef Müller-Kraenner. Beispielsweise ob das Projekt mit seinem regen Schiffsverkehr das sensible Ökosystem im Greifswalder Bodden beeinträchtigt. Unklar auch, inwieweit Wasser aus dem Hafenbecken genommen wird, um das minus 160 Grad kalte Flüssiggas zu erwärmen und zu regasifizieren. „Bis auf eine Power-Point-Präsentation und die Pressemitteilungen kennen wir nichts“, so der DUH-Chef. Es gebe keine substanziellen Informationen. „Die wichtige Frage der Energieversorgung sollte in dieser schwierigen Lage der Bund zentral steuern und nicht Privatinvestoren überlassen“, fordert er.

Knabe spricht von einem Closed-Loop-System bei der Regasifizierung. Um das flüssige Gas in einen gasförmigen Zustand zu bringen, benötige man kein Wasser aus dem Hafenbecken. „Wir haben an Bord der FSRU ein geschlossenes System der Wasserkreisläufe.“ Kein Eingriff in den Meeresboden, kein Boddenwasser für die Regasifizierung. Von daher dürfte die wasserrechtliche Genehmigung - so vermutet er - nicht die große Hürde werden. „Die Anträge liegen vor“, sagt

Knabe. „Nein“, betont das Staatliche Amt für Landwirtschaft und Umwelt Vorpommern. Sie seien aber angekündigt.

Dass das Projekt bis zum Dezember rechtssicher realisiert werden kann, scheint Branchenkennern ambitioniert. Die Landesregierung hat inzwischen eine Arbeitsgruppe eingerichtet, um das Vorhaben zu begleiten. „Es ist derzeit die wichtigste Aufgabe von Bund und Ländern, eine verlässliche Energieversorgung in Deutschland sicherzustellen. Deshalb unterstützen wir beide Pläne, über Lubmin Flüssiggas einzuführen“, so Staatskanzlei-Chef Patrick Dahlemann (SPD).

Katar, Norwegen, USA? Woher das LNG kommen wird, das im Winter mit dafür sorgen soll, dass die Industrie weiter produziert und Wohnungen nicht kalt bleiben, ist offen. „Wir werden rechtzeitig ein Interessensbekundungsverfahren starten, um die Kapazitäten zu verkaufen“, so Knabe. Lieferanten, die das LNG nach Deutschland verkaufen wollen, gibt es seiner Einschätzung zufolge ausreichend auf dem Weltmarkt.

**WIEDERINBETRIEBNAHME »FRAGE DES POLITISCHEN WILLENS«****TÜV-Chef sieht 2021 stillgelegte AKW »in exzellentem Zustand«**

*Die Regierung streitet über einen »Streckbetrieb« der noch am Netz befindlichen Atomkraftwerke. Laut TÜV-Verband könnten auch bereits stillgelegte Meiler in kürzester Zeit wieder sicher hochgefahren werden.*

Die Grünen in der Bundesregierung tun sich schwer damit, die Laufzeiten für die in Deutschland noch am Netz befindlichen Atomkraftwerke zu verlängern. Dabei steckt in der Kernenergie dem TÜV zufolge sogar noch weiteres Potenzial, die derzeit angespannte Lage bei der Energieversorgung in Deutschland zu entlasten.

Auch eine Wiederinbetriebnahme der Ende 2021 stillgelegten Atomkraftwerke (AKW) Brokdorf in Schleswig-Holstein, Grohnde in Niedersachsen und Gundremmingen C in Bayern sei sicherheitstechnisch machbar und unbedenklich, sagte Joachim Bühler, geschäftsführendes Präsidiumsmitglied des TÜV-Verbands, der »Bild«-Zeitung. »Die drei Kraftwerke befinden sich nach unserer Überzeugung in einem sicherheitstechnischen Zustand, der es möglich machen würde, sie wieder ans Netz zu nehmen.«

Hintergrund der Debatte ist die Drosselung von Gaslieferungen aus Russland an Deutschland. Erdgas wird vor allem zum Heizen eingesetzt. Es trägt aber auch rund zehn Prozent zur Stromproduktion in Deutschland bei. Wenn man länger auf Atomenergie setzen würde, könnte man also mehr Gas zum Heizen nutzen.

»Diese Anlagen zählen zu den sichersten und technisch besten Kraftwerken, die es weltweit gibt. Sie waren und sind in einem exzellenten Zustand«, sagte Bühler dem Blatt. Die Wiederinbetriebnahme der abgeschalteten Meiler wäre »keine Frage von Jahren, sondern eher von wenigen Monaten oder Wochen«.

**Sechs AKWs könnten bis 2026 Strom produzieren**

Ein Gutachten des TÜV Süd hatte zuvor bereits einen Weiterbetrieb des Meilers Isar 2 in Bayern für machbar erklärt. Er ist zusammen mit Neckarwestheim in Baden-Württemberg und Emsland in Niedersachsen

eines der drei noch aktiven deutschen Kernkraftwerke. Nach geltendem Recht müssen sie spätestens am 31. Dezember 2022 abgeschaltet werden. Die Politik diskutiert jedoch einen »Streckbetrieb« der Meiler, Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) wartet laut einer Regierungssprecherin auf die Ergebnisse eines noch laufenden Stresstests zur Sicherheit der Stromversorgung.

Wie schnell die bereits stillgelegten Kraftwerke wieder ans Netz genommen werden könnten, sei »vor allem eine Frage des politischen Willens«, sagte TÜV-Chef Bühler. Es wäre möglich, die Laufzeit der drei 2021 stillgelegten, aber auch der drei aktiven AKWs bis zu drei Jahre zu verlängern. Im Falle einer Wiederinbetriebnahme und einer Laufzeitverlängerung könnten somit sechs Atomkraftwerke bis 2026 in Deutschland Strom produzieren.

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck hatte zuletzt zumindest einen Weiterbetrieb der drei verbliebenen Atomkraftwerke über das Jahresende hinaus unter bestimmten Voraussetzungen nicht ausgeschlossen. Beim sogenannten Stresstest könne sich ein »Sonderszenario« ergeben, sagte der Grünenpolitiker in der Sendung »RTL Aktuell«. »Die Frage, die relevant gestellt werden muss, ist, ob die Stromnetzstabilität in diesem Jahr durch weitere Maßnahmen gesichert werden muss.«

**FDP fordert Atomgipfel im Kanzleramt**

Die Grüne Jugend nennt die aktuelle Diskussion über eine Laufzeitverlängerung dagegen eine »gefährliche Scheindebatte«. Sie helfe in der aktuellen Situation nicht, sagte Bundessprecher Timon Dzienus. Zwar gelte es, den derzeit laufenden Stresstest abzuwarten, sagte Dzienus, »grundsätzlich gilt aber: Eine Laufzeitverlängerung ist mit uns nicht zu machen«. Er verwies unter anderem auf Risiken der Technologie.

Unter anderem der Städte- und Gemeindebund (DStGB) dagegen verlangt wegen der drohenden Energieengpässe einen vorübergehenden Weiterbetrieb der verbliebenen Atomkraftwerke. Hauptgeschäftsführer Gerd Landsberg sprach sich in der »Neuen Osnabrücker Zeitung« für eine »kurzzeitige befristete Weiternutzung der Atomkraft in Deutschland« aus. Mit Blick auf den nächsten und womöglich übernächsten Winter müssten »alle europäischen Potenziale der Energiewirtschaft« aktiviert werden, sagte Landsberg.

Die FDP fordert derzeit einen Atomgipfel im Kanzleramt. Der energiepolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Michael Kruse, der sich für eine Laufzeitverlängerung bis Frühjahr 2024 ausgesprochen hat, sagte dem »Tagesspiegel«: »Wie maximale Sicherheit gewährleistet werden kann und ob in Einzelfällen dafür auch kurzfristig neue Brennelemente benötigt werden, sollte die Bundesregierung in einem Kernenergiegipfel mit den Betreibern und Branchenverbänden klären.«

 Frankfurter Neue Presse Stadtausgabe | 28.07.2022 | S. 3

 Auflage: 12.134 | Reichweite: 50.795

 dpa

## Merz fordert Kauf neuer Akw-Brennstäbe

### Tüv-Chef hält Wiederinbetriebnahme von Atommeilern für möglich - Kritik von Greenpeace

**Berlin.** CDU-Chef Friedrich Merz hat die Bundesregierung aufgefordert, umgehend neue Brennstäbe für die drei verbliebenen Atomkraftwerke in Deutschland zu beschaffen. "Die Bundesregierung muss sich jetzt um neue Brennstäbe bemühen", sagte Merz den Funke-Zeitungen. Es könne nicht nur ein vorübergehender Streckbetrieb mit alten Brennstäben aufrechterhalten werden. "Wir müssen einen Weiterbetrieb so lange ermöglichen, bis die Gefahr eines Engpasses beseitigt ist." Die Zeit zur Bestellung neuer Brennstäbe laufe davon. Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) müsse jetzt handeln, um eine Stromknappheit im Winter zu vermeiden.

Die drei letzten deutschen Meiler müssen eigentlich bis 31. Dezember abgeschaltet werden. Beim Streckbetrieb würden die Kernkraftwerke zunächst gedrosselt, damit sie dann mit den vorhandenen Brennstäben auch über den Jahreswechsel hinaus betrieben werden können. Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) will vor Entscheidungen zunächst die Ergebnisse eines zweiten Stresstests zur Sicherheit der Stromversorgung abwarten, wie eine Regierungssprecherin am Montag gesagt hatte. Ergebnisse sollen in den nächsten Wochen vorliegen.

#### "Frage des politischen Willens"

Der Geschäftsführer des Tüv-Verbands, Joachim Bühler, hält sogar eine rasche Wiederinbetriebnahme der stillgelegten Kernkraftwerke Brokdorf (Schleswig-Holstein), Grohnde (Niedersachsen) und Gundremmingen C (Bayern) sicherheitstechnisch für machbar und unbedenklich. Er sagte der "Bild"-Zeitung, die Wiederinbetriebnahme der 2021 abgeschalteten Meiler wäre "keine Frage von Jahren, sondern eher von wenigen Monaten oder Wochen" - und vor allem eine Frage des politischen Willens. "Die drei Kraftwerke befinden sich nach unserer Überzeugung in einem sicherheitstechnischen Zustand, der es möglich machen würde, sie wieder ans Netz zu nehmen", sagte Bühler.

Die Wiederinbetriebnahme hatte auch schon der Vorsitzende der Freien Wähler und bayerische Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger ins Spiel gebracht.

Grünen-Chefin Ricarda Lang bekräftigte im "Tagesspiegel": "Eine Laufzeitverlängerung wird es mit uns nicht geben." Einen Streckbetrieb schloss sie aber nicht aus. "Wir machen jetzt noch mal den Stresstest beim Strom. Natürlich schauen wir uns die Ergebnisse an, aber Stand jetzt spricht nichts dafür", sagte Lang.

Der FDP-Energiepolitiker Michael Kruse hatte eine Verlängerung der Laufzeiten deutscher Atomkraftwerke bis in das Frühjahr 2024 ins Spiel gebracht. Er fordert einen Gipfel im Kanzleramt. "Wie maximale Sicherheit gewährleistet werden kann und ob in Einzelfällen dafür auch kurzfristig neue Brennelemente benötigt werden, sollte die Bundesregierung in einem Kernenergiegipfel mit den Betreibern und Branchenverbänden klären", sagte Kruse.

Die Grünen Jugend bezeichnete die Debatte über eine Laufzeitverlängerung als "gefährliche Scheindebatte". Sie helfe in der aktuellen Situation nicht, sagte Bundessprecher Timon Dzienus. Das Wirtschaftsministerium prüfe in einem zweiten, weiterreichenden Stresstest die Versorgungssicherheit beim Strom. "Stand jetzt ist diese gewährleistet. Diese Prüfung gilt es erst einmal abzuwarten. Grundsätzlich gilt aber: Eine Laufzeitverlängerung ist mit uns nicht zu machen", sagte Dzienus. "Der Streckbetrieb ist nicht das Allheilmittel, als das es einige gerade darstellen: Er schafft nicht mehr Strom, sondern stellt nur dieselbe Menge Strom über einen längeren Zeitraum bereit."

Die Grünen-Landeschefs in Nordrhein-Westfalen, Yazgülü Zeybek und Tim Achtermeyer, sagten allerdings der "Bild"-Zeitung: "Die Option, Atomkraftwerke mit einer begrenzten längeren Laufzeit am Netz zu halten, um so einen Teil des Gases aus der Verstromung zu entnehmen und einzusparen, ist noch nicht vom Tisch. Wir beantworten diese Option aber entlang sicherheitsrelevanter Faktoren und nicht von Sympa-

thie.”

### **Überprüfung liegt Jahre zurück**

Die Umweltorganisation Greenpeace kritisierte indes den Vorstoß zum Weiterbetrieb mehrerer Atomkraftwerke scharf und meldete Sicherheitsbedenken an. ”Die Reaktoren sind ein potenzielles Sicherheitsrisiko, für das die Akw-Betreiber die Haftung zum Staat schieben wollen”, sagte Heinz Smital von Greenpeace gestern. Er griff damit besonders die Aussagen von TÜV-Chef Bühler auf, die er ”irreführend und gefährlich”

nannte.

Alle drei noch am Netz befindlichen Meiler liefen ohne die vorgeschriebene zehnjährige Sicherheitsüberprüfung, die 2019 fällig gewesen wäre, bemängelte der Greenpeace-Atomexperte. ”Auf sie wurde aufgrund des nun anstehenden Atomausstiegs verzichtet”, erklärte Smital. Für die bereits abgeschalteten Atomkraftwerke liege die Sicherheitsprüfung noch länger zurück, die Wiederinbetriebnahme sei daher ausgeschlossen.

 Frankfurter Allgemeine Zeitung | 28.07.2022 | S. 17

 Auflage: 206.581 | Reichweite: 940.692

 Niklas Zábóji

## Französische Atomaufsicht gibt grünes Licht für AKW-Reparatur

### Netzagentur rätselt über Preisrally am Strommarkt

**niza. PARIS.** Die Sorgen um den Zustand der französischen Kernkraftwerke sind am Mittwoch etwas kleiner geworden. So ist die Atomaufsichtsbehörde zu dem Ergebnis gekommen, dass der am weitesten verbreitete Reaktortyp "wenig oder sehr wenig anfällig" ist für das Phänomen von Spannungskorrosion, also einer Rissbildung an Rohrleitungen. Dies war Ende vergangenen Jahres an Reaktoren der neuesten Generation entdeckt worden und zog im Kraftwerkspark seither immer weitere Kreise - mit dem Ergebnis, dass von den 56 französischen Atomreaktoren aktuell zwölf wegen erwiesener oder vermuteter Korrosion nicht am Netz sind. Befürchtet worden war, dass sämtliche Anlagen repariert werden müssen - und das ausgerechnet in der aktuellen Energiekrise.

Mit den vom Kraftwerksbetreiber Électricité de France (EdF) bislang erlangten Kenntnissen - die Atomaufsichtsbehörde zählt dazu unter anderen fast 70 Laboruntersuchungen von Schweißnähten - dürfte sich das Korrosionsphänomen auf die vier neuesten Reaktoren mit 1450 Megawatt Leistung sowie die 20 neueren Reaktoren mit 1300 Megawatt Leistung beschränken, wohingegen die übrigen 32 älteren Reaktoren mit 900 Megawatt Leistung nicht repariert werden müssten. Die von EdF geplante Wartungsstrategie findet die Zustimmung der Aufseher, zumindest nach derzeitigem Kenntnisstand. Einzig am Reaktor des Kernkraftwerks Belleville an der Loire fordern sie ein Vorziehen der Kontrolle.

EdF will in den kommenden drei Jahren alle Reaktoren untersuchen, wobei die Anlagen mit 1450 und 1300 Megawatt Leistung Vorrang haben. Die Ergebnisse des von dem Konzern in den vergangenen Monaten entwickelten Ultraschallprüfverfahrens nennt die Atomaufsichtsbehörde "ermutigend". Es soll die Tiefe der Korrosionsrisse erkennen, die sich an Leitungen des sogenannten Sicherheitsinjektionskreislaufs und im Falle eines Reaktors auch an Saugleitungen des Kühlkreislaufs befinden. EdF, dessen Vollverstaatlichung näher rückt, will mit den Ultraschallprüfungen in der zweiten Hälfte dieses Jahres beginnen.

Das Korrosionsproblem verschärft die Lage auf dem französischen Strommarkt, ohnehin angespannt durch den Wegfall von russischen Gaslieferungen. EdF rechnet in diesem Jahr mit einer so geringen Elektrizitätsproduktion aus seinen Kernkraftwerken wie zuletzt vor 30 Jahren. In den vergangenen Monaten wurde Frankreich zum Nettoimporteur von deutschem Strom, nachdem es zuvor jahrelang umgekehrt war.

Auch ein am Dienstag veröffentlichter Bericht der französischen Energienetzagentur verdeutlicht den Ernst der Lage. Mit Blick auf die Gasengpässe und die Kraftwerksausfälle sprach sie darin von dem "Zusammentreffen zweier Krisen von bisher unbekanntem Ausmaß". Besondere Sorgen bereiten ihr, dass die Großhandelspreise für Strom in Frankreich höher als im übrigen Europa seien, ja gar einen "historischen Abstand zu den deutschen Preisen" aufweisen - und das, obwohl Frankreich dank diversifizierter Versorgung von einem der niedrigsten Gaspreise in Europa profitiere, der sogar weit unter dem deutschen liege. Tatsächlich hat Frankreich vier Terminals zur Einfuhr von Flüssiggas und bezieht weniger Erdgas aus Russland.

Die Energienetzagentur betont, dass das Korrosionsproblem zu einem schon sehr vollen Wartungskalender hinzugekommen sei. Es habe am Markt zu größerer Unsicherheit darüber geführt, ob EdF die betroffenen Kraftwerke noch vor dem Winter wieder in Betrieb nehmen kann. Die Terminpreise, also Preise für Stromlieferungen in den kommenden Monaten, wurden dadurch weiter angeheizt.

Doch rational kann sich die Behörde nicht mehr erklären, was sich derzeit am Markt abspielt. Sie kommt in ihrer Analyse zu dem Schluss, dass die Großhandelsstrompreise "sehr weit" von denjenigen entfernt liegen, die sich aus der Modellierung der Produktionskosten und den öffentlich verfügbaren Informationen über den Kernkraftwerkspark ergeben.

Folgt man den Berechnungen der französischen Netzagentur, erwartet der Markt mit den aktuellen Prei-

sen regelrechte Extremszenarien. An jeweils 200 Stunden im Schlussquartal dieses und im ersten Quartal des kommenden Jahres würde die kurzfristige Stromnachfrage demnach nicht durch ein Stromangebot aus heimischer Erzeugung in Frankreich oder aus dem Ausland bedient werden können.

Das spiegelt entweder Erwartungen einer starken Knappheit oder eine hohe Risikoprämie auf dem französischen Strommarkt und wahrscheinlich eine Kombination aus beidem, schreibt die Behörde. Sie will Marktakteure befragen und stellt klar: "Selbst pessimistische Szenarien bezüglich der Verfügbarkeit des

Kernkraftwerks und eines kalten Winters führen nicht zu einer so hohen Anzahl von Stunden, in denen die Preisobergrenze erreicht wird, wie sie von den Marktpreisen erwartet wird."

Derweil teilte das französische Energieministerium am Mittwoch mit, dass Frankreich im kommenden Winter bis zu 130 Gigawattstunden Gas am Tag nach Deutschland pumpen könnte - aber auch nur, wenn technische Nachrüstungen vorgenommen würden. Im kompletten Winter ergäbe das maximal 20 Terawattstunden. Zum Vergleich: Allein im vergangenen Januar verbrauchte Deutschland rund 130 Terawattstunden.

## Kernkraftwerke in Frankreich

Standorte in Betrieb befindlicher Kernreaktoren

